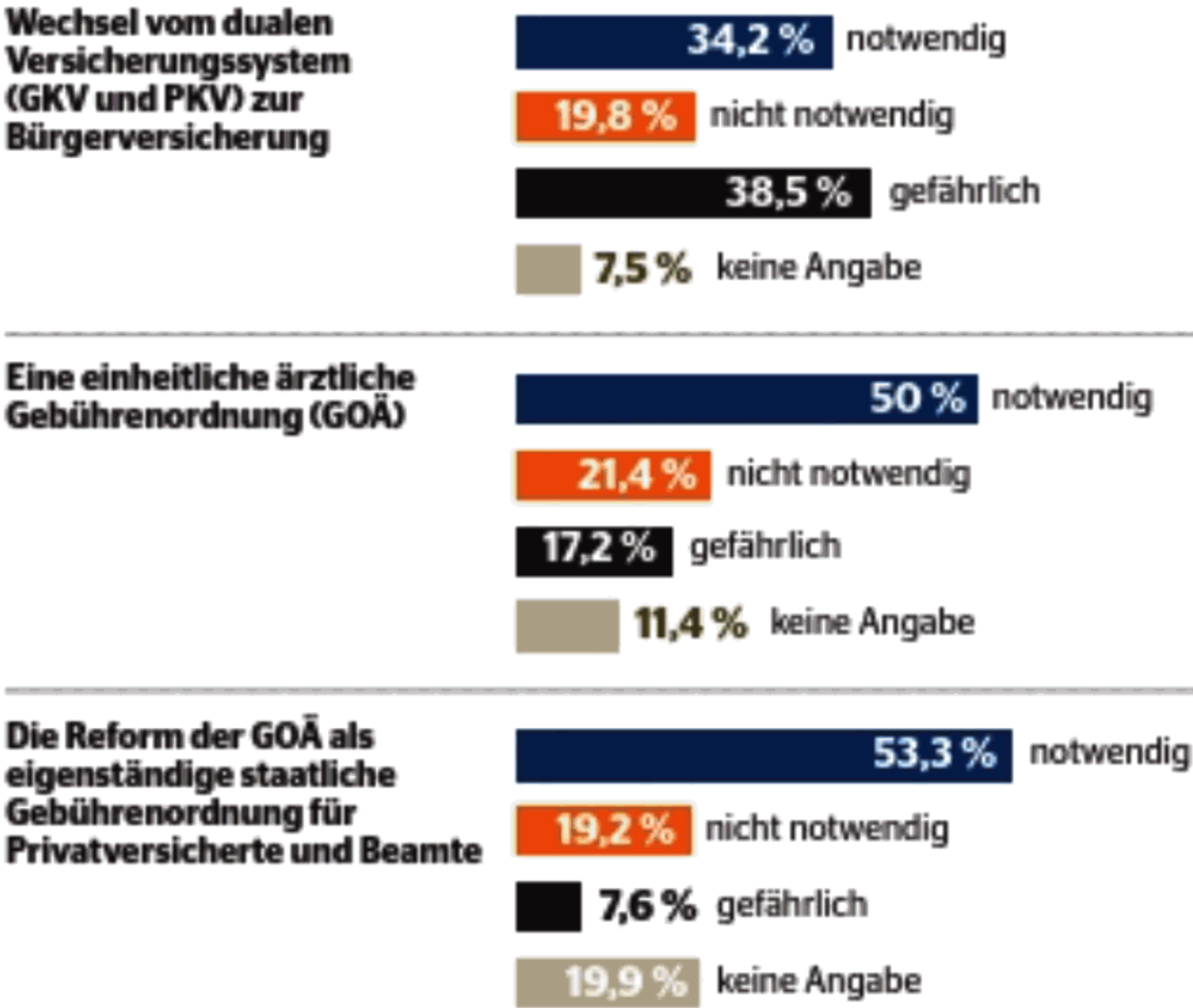


# Ärzte votieren klar für Schwarz-Gelb

Die Leser der „Ärzte Zeitung“ haben abgestimmt – und geben der Gesundheitspolitik der großen Koalition nur magere Noten. Die Gesetze, die Gesundheitsminister Hermann Gröhe initiiert und durchs Parlament gebracht hat, halten viele Ärzte für nicht sonderlich wirksam. So ist nicht verwunderlich, dass gerade einmal knapp 20 Prozent der Leser eine weitere Amtsperiode Gröhes in diesem Ressort wünschen.

Von Helmut Laschet

## Welche gesundheitspolitischen Reformen halten Sie in der nächsten Legislaturperiode für notwendig?



**BERLIN.** Ärzte und auch andere Gesundheitsberufe unterscheiden sich im Wahlverhalten deutlich vom Durchschnitt der Wahlbevölkerung: Die beiden Volksparteien Union und SPD liegen jeweils zehn oder mehr Prozentpunkte unter den aktuellen Umfragen der Meinungsforschungsinstitute. Das zeigt eine Online- und Fax-Umfrage der „Ärzte Zeitung“, die von Ende Juli bis 13. September unter ihren Lesern durchgeführt worden ist. Die Umfrage ist nicht repräsentativ, lässt also nur Trendaussagen zu, die aber aufgrund der hohen Teilnehmerzahl von 1545 Lesern sehr aussagekräftig sind. Sie spiegelt damit das Stimmungsbild unter Ärzten und in anderen Gesundheitsberufen wider.

### Keine Mehrheit für große Koalition

Das wohl frappierendste Ergebnis ist: Bei den Lesern der „Ärzte Zeitung“ hätte eine „große“ Koalition keine Mehrheit – sie wäre gar meilenweit davon entfernt. Zusammengenommen kommen Union und SPD gerade einmal auf 38,2 Prozent.

Die berühmte Sonntagsfrage beantworten die Ärzte so: Knapp 29 Prozent würden für die CDU oder CSU stimmen, nach den repräsentativen Umfragen der Meinungsforschungsinstitute läge die Union um acht Prozentpunkte darüber.

Noch dramatischer fällt das Ergebnis für die SPD aus: Nur 9,5 Prozent der Leser der „Ärzte Zeitung“ würden sozialdemokratisch wählen, bei den Bundesbürgern insgesamt sind es laut Infratest vom vergangenen Donnerstag 20 Prozent.

Traditionell wählen Ärzte liberal. Und sie bleiben in dieser Kontinuität: Obwohl die FDP – anders als 2009 und 2013 – diesmal außer Christian Lindner kein prominentes Personal wie etwa den erfahrenen Gesundheitspolitiker Daniel Bahr mehr vorzeigen kann, schafft sie auf Anhieb wieder fast 22 Prozent. Bei Infratest waren es zuletzt 9,5 Prozent, sodass die FDP mit einer Rückkehr in den Bundestag rechnen kann. Nach dem Abstimmungsergebnis der Ärzte wären die Liberalen kein Juniorpartner mehr, sondern fast auf Augenhöhe mit der Union.

Bemerkenswert ist aber auch das Protestpotenzial unter Ärzten: Auf 13,8 Prozent kommt die AfD in der Umfrage – und dieses Ergebnis liegt noch etwas über dem Stimmenanteil von zwölf Prozent, auf den die Partei unter allen Bürgern kommt. Über die Ursachen der Präferenz der Ärzte für die rechtspopulistische Partei kann nur spekuliert werden – sie ist aber ein Spiegelbild der schlechten Zustimmungswerte für die beiden Volksparteien, evtl. auch Ausdruck von Enttäuschung und Frustration über eine als weitgehend wirkungslos empfundene Gesundheitspolitik.

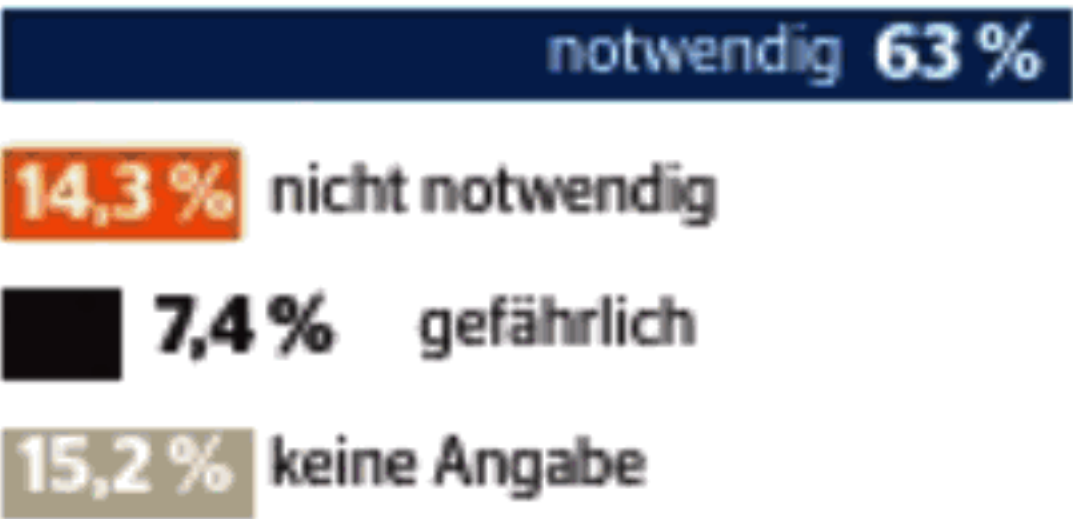
Auf ähnliche Werte wie in der Gesamtbevölkerung kommen Linkspartei und Bündnis 90/Die Grünen bei Ärzten: knapp zehn und 8,9 Prozent. Das ist zumindest insofern überraschend, als Die Linke nicht gerade als Freiberuflerpartei und Anwalt der Besserverdienenden gilt. Möglicherweise drückt sich auch hier Missmut über die Volksparteien aus.

In einem Punkt gibt es eine überwältigende Einmütigkeit unter den Umfrageteilnehmern: Explizit gefragt nach ihrem Koalitionswunsch möchten nur 10,6 Prozent, dass Union und SPD in den nächsten vier Jahren gemeinsam die Regierungsverantwortung tragen. Eindeutig ist die Präferenz für eine Koalition von Union und FDP: 46 Prozent der Teilnehmer würden diese Regierungskonstellation befürworten. Ginge es nur nach den Ärzten, hätte ein solches Bündnis auch eine Mehrheit. Nach den Repräsentativumfragen ist es zumindest nicht ganz ausgeschlossen, dass eine solche Koalition möglich wäre. Beachtlich ist, dass fast jeder Fünfte (18,9 Prozent) eine rot-rot-grüne Koalition präferiert. Diese Konstellation wird im Vergleich zu einem Jamaika-Bündnis aus Schwarz, Gelb und Grün (11,5 Prozent) klar bevorzugt.

Und die Kanzlerfrage? Sie wird eindeutig beantwortet: Mit 54 Prozent ist Amtsinhaberin Angela Merkel (CDU) die klare Favoritin, Martin Schulz (SPD) kommt auf magere 17 Prozent. Aber: 29 Prozent sind in der Beantwortung der Kanzlerfrage unschlüssig.



**Abschaffung der Regresse für Arzneimittel- und Heilmittelverordnungen**



**Konsequente Förderung der Telemedizin und der digitalen Infrastruktur im Gesundheitswesen**



**Eine Aufstockung der Förderung der Weiterbildung, auch für Fachärzte**



**Eine konsequente Präventions- und Diabetes-Strategie**



Quelle: Eigene Umfrage  
Grafik: ÄrzteZeitung



**Schwache Noten für Gröhe**

Eine Überraschung bieten die Antworten auf die Frage nach dem Wunsch-Bundesgesundheitsminister: Hermann Gröhe (CDU) bringt es dabei auf knapp 20 Prozent. Er liegt damit nur rund drei Prozent vor dem SPD-Gesundheitspolitiker Professor Karl Lauterbach, der bei Ärztefunktionären als rotes Tuch gilt. Gröhe hingegen, der zwar der KBV mit dem Selbstverwaltungsstärkungsgesetz eine Reinigungskur verordnet hat, war stets um ein kooperatives Verhältnis mit der Ärzteschaft bemüht.

Die Antworten auf die Ministerfrage offenbaren auch dies: Ratlosigkeit. Gut 21 Prozent wissen nicht, wie sie den Posten besetzt haben möchten, elf weitere Prozent machen zu dieser Frage keine Angaben. 31 Prozent nennen andere Politiker: Jens Spahn, derzeit Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen oder Daniel Bahr, der jetzt im Allianz-Vorstand arbeitet, werden am häufigsten vorgeschlagen.

Hat das Urteil über die große Koalition und auch über Hermann Gröhe inhaltliche Gründe? Nach Meinung der Leser eindeutig: ja! Gröhe hat als Minister fleißig und ohne Skandale alle im Koalitionsvertrag aufgelisteten Aufträge abgearbeitet. Einige Projekte haben eine lange Vorgeschichte, etwa das Präventionsgesetz oder die unter Ulla Schmidt vor fast zehn Jahren begonnene Erneuerung der Pflegeversicherung. Das scheint bei Ärzten nicht viel zu zählen. Was bei ihnen hingegen zählt, ist die weitgehende gefühlte Unwirksamkeit jener Gesetze, die sie selbst in ihrem Arbeitsalltag und ihrer beruflichen Perspektive betreffen. Das ist in erster Linie das Versorgungsstärkungsgesetz.

Wir haben aus Sicht niedergelassener Ärzte wichtige Elemente herausgegriffen: Förderung der Niederlassung – nur 19,4 Prozent der Leser sehen das als wirksam an, 58 Prozent jedoch als unwirksam, 22 Prozent machen keine Angaben. Die Möglichkeit, dass Kommunen MVZ betreiben können – 30 Prozent halten das für wirksam, 45 Prozent sehen keine Effekte, 25 Prozent sind indifferent. Die stärkere Förderung der Weiterbildung halten nur 35 Prozent für wirksam, jedoch fast 43 Prozent für unwirksam.

Auch die Hoffnung, dass durch die Förderung neuer Versorgungsformen durch den Innovationsfonds die ärztliche Versorgung auf dem Land sichergestellt werden kann, ist bescheiden: 19 Prozent halten das für wirksam, 52 Prozent glauben nicht daran.

Etwas besser schneidet hingegen das Präventionsgesetz ab: Ein gutes Drittel der Umfrageteilnehmer hält die Weiterentwicklung der Früherkennung von Krankheiten für effektiv, 43 Prozent sehen keine Wirkung. Ähnlich fallen die Werte für die Prävention in Lebenswelten aus: 31 Prozent halten das für wirksam, 44 Prozent sind nicht davon überzeugt.

Zu einer der gesundheitspolitischen Großbaustellen der nächsten Legislaturperiode wird sich die Notfallversorgung entwickeln, weil immer mehr Patienten in die Notaufnahmen der Kliniken statt zum ärztlichen Bereitschaftsdienst gehen. Teure Fehlsteuerung von Patienten ist damit möglicherweise programmiert. In einem ersten Schritt hat der Gesetzgeber im Krankenhausstrukturgesetz die Schaffung von Portalpraxen der KVen für die Notfallversorgung vorgeschrieben. 48 Prozent der Leser halten dies für unwirksam, 29 Prozent sehen darin eine wirksame Lösung.

**E-Health: Ein Schuss in den Ofen**

Besonders schlecht fällt das Urteil über die Dauerbaustelle Digitalisierung aus: Nur knapp zwölf Prozent bescheinigen dem E-Health-Gesetz eine Wirksamkeit, 63 Prozent halten es für einen Schuss in den Ofen. Kein anderes gesundheitspolitisches Projekt erhält derart schlechte Noten – ein Fingerzeig sicherlich auch für die eigene Selbstverwaltung, die ja für die Umsetzung des Gesetzes zuständig ist. Die einzige positive Ausnahme stellt das Pflegestärkungsgesetz dar, das etwas mehr gute (41 Prozent) als schlechte Noten (37 Prozent) erhält.

Und die Erwartungen an die Zukunft? Hier offenbaren sich Überraschungen, aber auch einige sehr klare Ansagen. Ein differenziertes Bild ergibt sich bei der Einstellung zur Bürgerversicherung: Immerhin 23 Prozent der Hausärzte und 30 Prozent der Fachärzte befürworten sie (34 Prozent aller Teilnehmer). Andererseits halten 46 Prozent der Ärzte, die an der Umfrage teilgenommen haben, diesen Wechsel für gefährlich, weitere 20 Prozent halten ihn für nicht nötig.

Noch ausgeprägter ist der Wunsch nach einer einheitlichen ärztlichen Gebührenordnung: Dafür plädieren 50 Prozent aller Teilnehmer, 17 Prozent halten das für gefährlich, 21 Prozent für nicht notwendig. Dringender wäre aber eine GOÄ-Reform: 53 Prozent der Umfrageteilnehmer sehen eine Reform der GOÄ als überfällig an.

Ein Dauerthema bleibt das Regressrisiko in der Arznei- und Heilmittelversorgung. Obwohl nur noch in wenigen Fällen tatsächlich Regresse mit hohen Summen exekutiert werden, ist der psychologische Bedrohungseffekt real: 63 Prozent aller Leser – und bei den Hausärzten liegt der Anteil sogar bei 80 Prozent – halten eine Abschaffung für notwendig.



Ein wichtiges Signal ist auch das Bekenntnis zu einer konsequenten Förderung der Telemedizin und der digitalen Infrastruktur: Gut die Hälfte sieht das als notwendig an, und zwar unabhängig vom Alter. Nur gut ein Fünftel sagt, das brauche man nicht. Zu beachten ist aber, dass 14 Prozent die Förderung der Digitalisierung der Medizin für gefährlich halten.

Und schlussendlich eine klare Ansage in zwei Punkten: Notwendig ist eine weitere Aufstockung der Weiterbildungsförderung, und zwar auch für Fachärzte, glaubt fast eine Zwei-Drittel-Mehrheit. 72 Prozent der Umfrageteilnehmer fordern eine konsequente Präventions- und Diabetes-Strategie. Damit sind für die nächste Legislaturperiode wichtige Handlungsfelder benannt. Aber ein grundsätzliches Problem tritt hinzu: Die Noten für die Wirksamkeit von Gesetzen fallen schlecht aus – und das untergräbt die Glaubwürdigkeit des Gesetzgebers. Genau dies ist der Humus, auf dem alternative Parteien gedeihen. *(Mitarbeit ger)*

### Die Leserumfrage

- **Insgesamt 1545 Leser** der „Ärzte Zeitung“ haben zwischen Ende Juli und 13. September an der Umfrage teilgenommen, davon 1265 online.
- **943 Teilnehmer** gaben sich als Arzt zu erkennen, zu gleichen Teilen Haus- und Fachärzte.
- **39 Prozent** der Umfrageteilnehmer war 60 Jahre und älter. Eine Sonderauswertung dieser Teilmenge ergibt aber, dass ihre Antworten kaum anders ausfallen als der Durchschnitt.

Alle Umfrageergebnisse – auf Wunsch gefiltert nach individuellen Kriterien – finden Sie unter

[www.aerztezeitung.de/wahl2017](http://www.aerztezeitung.de/wahl2017)